Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (OP/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Griechenland
2. Es ist auch unsere Krise
3. Jahr 2014: Exportüberschuss auf Rekordniveau
4. Ukraine/Russland
5. Washington bremst Schäuble
6. Wie soll eine bessere Steuerung der EWU aussehen? (Teil 3)
7. Schaden Strukturreformen des Arbeitsmarkts der Innovation?
8. Erben: Karriere ist auch nur Glück
9. Kampf für Entgeltgleichheit: In Brüssel kaum ein Thema
10. Warum nicht die gute Lage am Arbeitsmarkt den Anstieg der Einkommens-Ungleichheit gestoppt hat
11. Zweifel an Mautzahlen
12. Rechte Parteien
13. Langsamerer Abzug aus Afghanistan – 9800 US-Soldaten bleiben bis Jahresende
14. Debatte um US-Lehrplan: Wie kritisch darf ein US-Schüler sein?
15. Zuwanderer mit schulischer Förderung unzufrieden
16. Die heikle Nähe von Leitmedien zur Elite
17. Das Letzte: Die Anstalt entfällt – Die Börse bleibt

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Griechenland**
    1. **Bild-Hetze gegen Griechenland – Nationalistisch und undifferenziert**
    Die "Bild"-Zeitung hetzt seit Beginn der Krise gegen Griechenland – und fährt regelrecht politische Kampagnen. Die "Pleite-Griechen" sind mittlerweile so etwas wie ein Kampfbegriff des Blattes…
    Seit Beginn der Griechenlandkrise war sich die Bild-Zeitung für kaum eine Überschrift zu schade. "Warum zahlen wir den Griechen ihre Luxus-Renten?", "So gut haben es Rentner in Griechenland", "Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen … und die Akropolis gleich mit!" Der medienkritische Bildblog

hat sie alle aufgelistet. Der Unterton ist immer gleich: Wir, die hart arbeitenden, sparenden Deutschen blasen unser Geld für die verschwenderischen, raffgierigen Griechen in den Wind…
Der Finanzminister Varoufakis ist Griechenlands "Radikalo-Naked-Bike-Rider" oder der "Griechen Raffke". Nach der "Jauch"-Sendung vor einer Woche bezeichnete die Bild Varoufakis als "Lügen-Grieche" und "Mister Stinkefinger". Nun ist die Bild mit ihrer einseitigen Griechenland-Berichterstattung nicht allein. Der Spiegel nannte Alexis Tsipras einen "Geisterfahrer", für die Frankfurter Allgemeine Zeitung sind Griechenlands Regierende "Halbstarke". Dahinter stehen oft nationalistische Argumentationen und unfaire Vorverurteilungen.
Quelle: Anne Fromm in der taz

Siehe dazu die Dokumentation von Mats Schönauer auf BILDblog

Anmerkung Volker Bahl: *Man muss sich diese unseriöse Lügenkampangne wirklich einmal im einzelnen "reinziehen" , um zu verstehen, wie "uns" die "Bild" im "Stürmer"-Stil erziehen bzw. umerziehen will – zu einem deutsch-zentrierten Europa.*

2. **Fünf Jahre Abstieg**
   Im Frühjahr 2010 stand Griechenland vorm Staatsbankrott. Seither sind fünf Jahre vergangenen. Die Krise hat ein Viertel der Wirtschaftskraft des Landes ausradiert und eine Million Jobs vernichtet. Was die Krise in Griechenland mit den Menschen gemacht hat…
   Die Krise hat ein Viertel der Wirtschaftskraft des Landes ausradiert und eine Million Jobs vernichtet, die Arbeitslosenquote stieg von zwölf auf fast 28 Prozent. Über 230 000 kleine und mittelständische Betriebe gingen pleite. Die privaten Haushalte haben mehr als ein Drittel ihres Realeinkommens verloren. 23 Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Das sind die Zahlen. Und dahinter verbirgt sich eine Unzahl von Tragödien – gescheiterte Lebensentwürfe, zerbrochene Familien, Kinder ohne Zukunft. Schicksale wie das der Athenerin Elena und ihrer Familie.
   Quelle: Gerd Höhler in der FR
3. **Große Opfer, wenig Nutzen**
   Der Austeritätskurs hat die Einkommen in Griechenland drastisch einbrechen lassen. Weil die Sparpolitik bislang kaum soziale Rücksichten nahm, stehen viele Haushalte vor existenziellen finanziellen Problemen – und die Wirtschaft kommt nicht aus der Krise.
   Der Einschnitt ist in der jüngeren europäischen Geschichte beispiellos: In nur

vier Jahren, von 2008 bis 2012, sind die Bruttoeinkommen der griechischen Privathaushalte um ein knappes Viertel gesunken. Lohnkürzungen verursachten knapp die Hälfte dieses Rückgangs, zeigt eine vom IMK geförderte Studie der Athener Wirtschaftsprofessoren Tassos Giannitsis und Stavros Zografakis. Die Nettoeinkommen fielen um weitere knapp 9 Prozent, weil die Steuerbelastung deutlich erhöht wurde. Beschäftigte in der Privatwirtschaft büßten dabei deutlich mehr Einkommen ein als Angestellte im öffentlichen Dienst – auch, weil sie häufiger ihre Arbeit verloren haben. Volkswirtschaftlich betrachtet hätten diese Opfer wenig Sinn gehabt, weil sie das Nachfragepotenzial derart reduzierten, dass die griechische Wirtschaft noch lange brauchen wird, um wieder auf einen einigermaßen stabilen Entwicklungspfad zu kommen, konstatieren die Forscher. Die von der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und IWF verlangte und von den griechischen Regierungen schematisch und ohne soziale Balance umgesetzte Sparpolitik sei gescheitert, eine neue Strategie dringend erforderlich. Die Wissenschaftler empfehlen sowohl ein konsequentes Vorgehen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung als auch eine andere Lastenverteilung zwischen wohlhabenden und ärmeren Haushalten. Zudem müsse eine Konsolidierungspolitik, die Erfolg haben soll, insgesamt mehr auf Wachstum und Investitionen zielen.
Quelle: Hans Böckler Stiftung

4. **The Greek Crisis**
   This blog is dedicated to the understanding of the current Greek (but also European) economic, political and institutional crisis. It was created by Prof. Aristides Hatzis of the University of Athens, after many requests by his students who seek a source of reliable analysis on the Greek current affairs. Its aim is to post commentary and reports published mainly in the major U.S., European and Greek media and to encourage a rigorous discussion.
   Quelle: The Greek Crisis

   Anmerkung JK: *Interessant die Verweise auf die englischsprachige Presse, von der man hoffen kann, dass sie nicht derart hasserfüllt berichtet wie die deutschen „Qualitätsmedien“.*

2. **Es ist auch unsere Krise**
   Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt? Mag sein. Aber ohne die verfehlte deutsche Politik wäre das nicht gegangen.
   Man kennt das. Es passiert ein Unfall, alle sind zunächst schockiert, hoffen aber, so schnell wie möglich wieder zur Normalität zu finden. Sie schieben die

Ursachenforschung beiseite. Sei's drum, passiert ist passiert. Das rächt sich spätestens beim nächsten Unfall, aber dann ist man selbst davon nicht wieder betroffen.
Bei Institutionen, die professionelle Verantwortung für hochkomplexe Systeme wie ein Flugzeug tragen, ist meist eine andere Einstellung zu beobachten. Sie sagen, wir müssen die Ursache des letzten Unfalls eindeutig klären, um genau diesen Fall für die Zukunft auszuschließen.
Bei Politikern, die für komplexe Systeme wie eine Währungsunion verantwortlich sind, trifft man eher auf die alltägliche als auf die professionelle Einstellung. Sie haben keine Zeit, sich lange mit den Ursachen auseinanderzusetzen, sondern gehen sofort zur Tagesordnung über: Wer hat ein Problem und wie muss ich es angehen. Griechenland ist in der Bredouille, also müssen die sich ändern. Die haben über ihre Verhältnisse gelebt, also müssen sie jetzt den Gürtel enger schnallen. Die wollen Geld von uns, also müssen sie das machen, was wir ihnen sagen. Nicht wir haben etwas falsch gemacht, sondern die, sonst ginge es ja nicht denen schlecht und uns gut.
Quelle: Heiner Flassbeck in der Frankfurter Rundschau

3. **Jahr 2014: Exportüberschuss auf Rekordniveau**
Im Jahr 2014 wurden von Deutschland Waren im Wert von 1 133,5 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 916,6 Milliarden Euro importiert. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand vorläufiger Ergebnisse weiter mitteilt, erreichte Deutschland damit einen Exportüberschuss von 216,9 Milliarden Euro. Der bisherige Höchstwert von 195,3 Milliarden Euro im Jahr 2007 wurde damit deutlich übertroffen. Im Jahr 2013 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz + 195,0 Milliarden Euro betragen.
Betrachtet man jedoch den Saldo im Verhältnis zum deutschen Außenhandelsumsatz (Exporte + Importe), die „Normierte Außenhandelsbilanz", so ergibt sich ein anderes Bild. In den Jahren 2002 bis 2005 und 2007 war die „Normierte Außenhandelsbilanz" (Saldo/Außenhandelsumsatz*100) höher als im Jahr 2014.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung WL: *Einmal mehr betätigt sich das Statistische Bundesamt als Abwiegelungs- bzw. Propagandaagentur. Es werden zum Vergleich des „Rekordniveaus" einige wenige Jahre angeboten, wo die Außenhandelsbilanz noch höher lag. Man verharmlost also den Außenhandelsbilanz-Überschuss.*

Dazu aber auch: Deutsche Russland-Exporte brechen ein
Die deutschen Exporten nach Russland sind wegen der westlichen Sanktionen und der politischen Unsicherheit zu Jahresbeginn heftig eingebrochen. Die Ausfuhren im

Januar schrumpften im Vergleich zum Vorjahresmonat von 2,22 Milliarden auf 1,44 Milliarden Euro, wie aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht.
Das ist ein Minus von rund 35 Prozent. Auch die Exporte deutscher Firmen in die Ukraine leiden. Sie gingen von 321 Millionen Euro im Januar 2014 auf nur noch 194 Millionen Euro zurück – ein Minus von fast 40 Prozent.
Der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Eckhard Cordes, meinte, der rekordverdächtige Rückgang zeige, dass die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen vor einer großen Belastungsprobe stünden.
Quelle: Handelsblatt

Passend dazu: Wenn eine Firma Opfer der Politik wird
Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt leidet unter der Ukraine-Krise. Erstmals hat mit Vakoma nun auch ein Unternehmen Insolvenz anmelden müssen. 45 Mitarbeitern droht der Arbeitsplatzverlust.
Das Traditionsunternehmen Vakoma hat nach millionenschweren Auftragseinbrüchen Insolvenz angemeldet. Am Montag bestellte das Amtsgericht Magdeburg den Hallenser Lucas Flöther als vorläufigen Insolvenzverwalter. Er soll das Unternehmen sanieren und die Jobs retten.
Vakoma hatte sich in den vergangenen Jahren auf den russischen Markt spezialisiert. Der Maschinenbauer lieferte Antriebe für Zementöfen und Mühlen, aber auch Turbokompressoren für Ölraffinerien. Das Geschäft brummte – bis zum Ausbruch der Ukraine-Krise. Die von der EU und den USA verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland führten zu einem dramatischen Einbruch der russischen Wirtschaft – und bei Vakoma sprangen die Kunden ab.
Quelle: Volksstimme

4. **Ukraine/Russland**
    1. **Rätselhafte Todesserie in der Ukraine**
    Ein Sohn des Ex-Präsidenten Janukowitsch verunglückte am Wochenende tödlich – der vorerst letzte einer Reihe ungeklärter Todesfälle unter Politikern…
    Seit Jahresbeginn hält eine rätselhafte Serie von Todesfällen die Ukraine in Atem. Es handelt sich durchwegs um Politiker der früher regierenden Partei der Regionen des geflüchteten Ex-Präsidenten Wiktor Janukowitsch. Am Wochenende verunglückte nun sein Sohn Wiktor junior unter bisher ungeklärten Umständen tödlich. Der 33-Jährige war bis Oktober 2014 Parlamentarier…
    Janukowitsch junior ist das bislang prominenteste Opfer einer rätselhaften Todesserie innerhalb der ehemals mächtigen Partei der Regionen. Es begann am 29. Jänner. Damals wurde Alexej Kolesnik erhängt in seinem Haus gefunden. Er

war Regierungschef der Regionalverwaltung des Oblast Charkiw und wie alle späteren Opfer Mitglied der Partei der Regionen.
Am 25. und am 26. Februar wurden Sergej Valter, Bürgermeister der ostukrainischen Stadt Melitopol, und Alexander Bordjuk, ehemaliger Polizeichef, tot aufgefunden. Valter hatte sich angeblich erhängt, Bordjuk erschossen.
Wenige Tage danach sorgte der angebliche Freitod Nikolai Tschtschtows, Ex-Fraktionschef der Partei, für Aufsehen. Der Politiker war in der Nacht auf den 1. März aus seiner Kiewer Wohnung im 17. Stock gestürzt. Am 9. März fanden Familienangehörige die Leiche von Stanislaw Melnik. Er lag erschossen in der Badewanne…
Am 12. März wurde Alexander Pekluschtschenko mit Schussverletzungen am Hals tot auf dem Grundstück seiner Datscha in der Nähe der Stadt Saporischschja aufgefunden. Er war Chef der Regionalregierung des Oblast Saporischschja und galt ebenfalls als Vertrauter des früheren Präsidenten Janukowitsch…
In Spekulationen über die Hintergründe ist von innerparteilichen Rivalitäten ebenso die Rede wie von einer möglichen Rolle ukrainischer oder russischer Geheimdienste.
Quelle: Nina Jeglinski in derStandard

2. **Stephen Cohen, Katrina vanden Heuvel and John Mearsheimer: Will American Triumphalism Lead Us to a New Cold War?**
How did the United States get into another standoff with Russia—and where do we go from here? The Nation's Katrina vanden Heuvel and Stephen Cohen offered historical context on this question in a discussion with John Mearsheimer and moderated by Gilbert Doctorow in Brussels earlier this month.
At the March 2 discussion, "Defining a New Security Architecture for Europe That Brings Russia in From the Cold," hosted by the American Committee for East-West Accord, Cohen explained that since the end of the Soviet regime, the United States has maintained an attitude of "winner-take-all," refusing to negotiate with Russia and pursuing its interests at all costs.
"I would argue that since the Clinton-Bush era, triumphalism and the push for the spread of global liberalism supplanted the national interest as the true test of American foreign policy," vanden Heuvel said. The Nation, she added, will provide a forum for the creation of a new foreign policy strategy based in progressive principles.
Quelle: The Nation

Dazu auch: Wer eskaliert im Ukraine-Krieg? Podium mit John

Mearsheimer
Welche Rolle spielen Russland, die USA und Deutschland bei der Ukraine-Krise
Quelle: WeltnetzTV

3. **Ukraine-Konflikt: Poroschenko warnt vor Privatarmeen von Oligarchen**
Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko will Freiwilligenbataillone unter striktere Regierungskontrolle bringen und keine Privatarmeen zulassen. "Es wird bei uns keinen Gouverneur mit eigenen Streitkräften geben", sagte Poroschenko in Kiew Berichten zufolge. Bataillone aus Freiwilligen, von denen einige an Kämpfen gegen prorussische Separatisten im Donbass beteiligt sind, sollen einem klaren Kommando unterstellt werden. Damit reagiert Poroschenko auf die Besetzung zweier Unternehmenszentralen am Wochenende. Bewaffnete Männer, die dem Gouverneur von Dnipropetrowsk, Igor Kolomoiski, zugerechnet werden, hatten die halbstaatlichen Energieunternehmen Ukrnafta und UkrTransNafta in Kiew unter ihre Kontrolle gebracht. Der Milliardär wollte Berichten zufolge die Absetzung des ihm loyalen Managements verhindern.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung Orlando Pascheit: *Das erinnert doch sehr an einen Ausspruch des reichsten Mannes im antiken Rom, Marcus Licinius Crassus: "Wirklich reich ist nur, wer sich eine eigene Armee leisten kann". Crassus hatte, bevor sich dann Caesar durchsetzte, ein Triumvirat mit diesem und Pompeius gebildet. Und ist dann an der Überschätzung seiner politischen und vor allem militärischen Fähigkeiten gescheitert und wurde auf einem Feldzug gegen die Parther getötet. Wahrscheinlich werden auch wir in der Ukraine noch etliche Bündnisse und Machtkämpfe erleben – mit dem kleinen Unterschied, dass Rom damals die Weltmacht war und in der Ukraine neben den Oligarchenclans externe Mächte mitspielen wollen.*

Siehe auch: Oligarch Kolomoiski lässt ukrainisches Pipeline-Unternehmen stürmen
Am Sonntag besetzten 40 bewaffnete Männer in grünen Kampfanzügen, Gesichtsmasken und ohne Hoheitsabzeichen in der Kiewer Nesterowsk-Gasse den Firmensitzes des staatlichen Pipeline-Unternehmens Ukrtransnafta. Geleitet wurde die Besetzungs-Aktion von keinem Geringeren als dem Gouverneur des südostukrainischen Gebietes Dnjepropetrowsk, Igor Kolomoiski, dem auch das größte ukrainische Kreditinstitut, die Privatbank, gehört.
Quelle: Telepolis

5. **Washington bremst Schäuble**
   Minister Dijsselbloem fordert die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen. Damit nicht noch das letzte Geld Griechenland verlässt, sagt er. Der niederländische Sozialdemokrat ist Sprecher der Euro-Gruppe der EU-Finanzminister und folgt den Hinweisen aus Schäubles deutschem Ressort bedingungslos. Dennoch ist er wahrscheinlich nicht so dumm, dass er nicht weiß, was er tut. Er verjagt mit solchen Bemerkungen das letzte Geld aus den griechischen Banken, entweder ins Ausland oder unter die Matratze. Warum heizen Schäuble und – vermutlich auf dessen Weisung hin – Dijsselbloem die Krise an und reden davon, dass Griechenland sozusagen aus Versehen pleite gehen könnte? Sie haben aus politischen Gründen Angst davor, dass die griechische Regierung zu einem Miniteilerfolg kommt, wie er im vage formulierten Abkommen mit der Euro-Gruppe vom 20. Februar vereinbart wurde. Danach hätte Athen vier Monate Zeit gehabt, um einen Plan zur Verbesserung der öffentlichen Finanzen und zur Belebung der Wirtschaft zu entwickeln. In der Zwischenzeit sollte die Auszahlung der Kredite zur Begleichung der Altschulden erfolgen. Diese vier Monate freie Hand sollen nun im nachhinein nicht mehr zugestanden werden. Jedes Gesetz und jede Ausgabe der Regierung soll kontrolliert werden. Wenn etwas nicht gefällt, bleibt die Zahlung aus. Uns macht es nichts aus, am Rande des Zerfalls der Euro-Zone zu balancieren, sagen Dijsselbloem und Schäuble und die anderen Rechtspopulisten (um mal einen harmlosen Ausdruck für sie zu gebrauchen).
   Quelle: Lucas Zeise in der jungen Welt

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Ob Dijsselbloem wirklich weiß, was er tut, wage ich zu bezweifeln. Am Schulterschluss mit Schäuble ist indes nicht zu zweifeln. Viel gefährlicher als der angebliche neue deutsche Imperialismus erscheint mir die deutsche Besserwisserei in Fragen, bei denen sich z.B. ein Herr Schäuble über Jahre nicht nur als inkompetent, sondern auch als lernunwillig erwiesen hat.*
   Eine kleine Korrektur: Frau Nuland ist nicht die stellvertretende US-Außenministerin, wie schon auch schon der Spiegel berichtete. United States Deputy Secretary of State ist Tony Blinken. Nuland ist Assistant Secretary of State, eine Art Abteilungsleiterin, zuständig für Europa und Eurasien. Sie berichtet einem der sechs Under Secretaries of State, in diesem Fall Wendy Sherman, zuständig für Political Affairs.
   Verdienstvollerweise hat Lucas Zeise in Gegensatz zum Mainstream die Rolle der USA betont. Natürlich befürchtet die Regierung in Washington, dass es nicht bei Griechenlandkrise bleibt, sondern dass sich die politische Unzufriedenheit in Europa ausweiten wird und extremistische Kräfte gestärkt werden, die das Überleben der Europäischen Union gefährden. Natürlich hat Obama recht, wenn er sagt: "Man kann Länder, die mitten in einer Depression stecken, nicht immer weiter ausquetschen."

Aber es geht Washington nicht nur um das Wohl der Griechen oder anderer Europäer, sondern auch und wahrscheinlich vor allem darum, dass die USA die EU bzw. die Währungsunion als optimale Ergänzung zu einer vertieften NATO-Mitgliedschaft betrachten. Nicht umsonst bemühen sich US-Administrationen schon lange, den Europäern die EU-Mitgliedschaft der Türkei schmackhaft zu machen. Dabei sind die ökonomischen und sonstigen Probleme eines solchen Schrittes in den Augen der USA vernachlässigbar. Ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion oder gar der EU in eine höchst ungewisse Zukunft sehen die USA als destabilisierendes Moment für das militärische Bündnis an.

6. **Wie soll eine bessere Steuerung der EWU aussehen? (Teil 3)**
   Nach meiner Kritik an Abschnitt 1 und 2 des Papiers "Preparing for Next Steps on Better Economic Governance in the Euro Area" für den informellen Europäischen Rat folgt nun eine Auseinandersetzung mit dem Rest dieser "Analytical Note". Im dritten Abschnitt listen die Autoren fünf Reformen im Regelwerk der EWU auf, die zur Krisenbekämpfung ergriffen wurden und die, wären sie zehn Jahre früher schon vorhanden gewesen, ihrer Ansicht nach die Entwicklung der EWU vor und nach der Finanzkrise erheblich verbessert hätte. Genannt werden der European Stability Mechanism (ESM), die Bankenunion unter Aufsicht der EZB, der Macroeconomic Imbalance Procedure (MIP), der Fiskalpakt und eine Stärkung der Befugnisse der europäischen Statistikbehörde Eurostat. In meinen Augen ist der MIP der einzige wirklich relevante Punkt, weil er die Hauptursache der Eurokrise zum Gegenstand hat. Doch zu ihm wird nichts Näheres ausgeführt. Es heißt lediglich, dass mit ihm die Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Schwachpunkte („vulnerabilities") frühzeitig entdeckt werden könne und er Instrumente bereitstelle, diese zu korrigieren…
   Von der zentralen Funktionsbedingung einer Währungsunion, dem gleichmäßigen Voranschreiten der Preisniveaus aller Mitgliedsländer ab Einstieg in die Union, und davon, wie diese kontrolliert und durchgesetzt werden kann oder wie sie wieder zu erreichen ist, wenn sie eine Zeitlang missachtet worden ist, liest man nichts. Damit steht fest: Die Krise ist und bleibt ungelöst, die Währungsunion bleibt ein unverstandenes Konstrukt, das derzeitige Führungspersonal in Europa ist nicht willens und in der Lage, einen Ausweg aus der verfahrenen Lage zu finden.
   Quelle: Flassbeck-economics
7. **Schaden Strukturreformen des Arbeitsmarkts der Innovation?**
   Nach der angebotstheoretischen Wende in den Wirtschaftswissenschaften in den 1970er-Jahren wurde die Sichtweise populär, dass Arbeitslosigkeit vor allem mit „Rigiditäten" in den Arbeitsmärkten zu erklären ist. Arbeitslosigkeit entsteht vor allem, weil der Preis von Arbeit nach unten starr ist. Menschen bleiben arbeitslos, weil

ihre Löhne nicht sinken können. … Beispielhaft hierfür sind eine Reihe von angelsächsischen Ländern wie etwa die USA, Großbritannien, Australien oder Neuseeland, wo in den 1970er- und 1980-Jahren sogenannte „Strukturreformen“ stattgefunden haben. Diese Strukturreformen scheinen in der Tat für mehr Arbeitseinsatz gesorgt zu haben (siehe Abb. 1). Der Preis für die Beschäftigungsdynamik ist allerdings ein sehr viel langsameres Lohnwachstum (siehe Abb. 2). 1 Klagen, dass dabei eine wachsende Gruppen von „arbeitenden Armen“ entstanden ist, kann man zurückweisen mit dem Argument, dass ein schlechter Arbeitsplatz noch immer besser ist als Arbeitslosigkeit.
Was kann man hiergegen einwenden? Keynesianische Ökonomen argumentieren, dass Löhne nicht nur Kosten sind, sondern auch Kaufkraft. Dieser Beitrag ist innovationstheoretisch motiviert und hat die Kernthese: Die Deregulierung und Flexibilisierung von Arbeitsmärkten hat einen Preis puncto Produktivität und Innovation. … Aus innovationstheoretischer Sicht folgt hier eine für Marktfundamentalisten schwer zu verdauende Schlussfolgerung: Gerade Institutionen, die Märkte imperfekt machen (und die effiziente Allokation von knappen Mitteln behindern), können sehr nützlich für die Innovation sein! Dieser Artikel behauptet, dass dies auch für den Arbeitsmarkt gilt. Nach der Logik des Routinemodells der Innovation von Schumpeter sind rigide Insider-Arbeitsmärkte nützlich. Sie schaffen Loyalität und Vertrauen. Letztere machen die Akkumulation von nicht kodifiziertem Wissen leichter; sie machen es möglich, das Erfahrungswissen von MitarbeiterInnen bei der Implementation von arbeitssparenden Innovationen zu nutzen; sie helfen, das Abfließen von Wissen zu Konkurrenten zu beschränken, und sie sparen Kosten für Management und Überwachung.
Quelle: WuG

Anmerkung Orlando Pascheit: *Ein lesenswerter Beitrag in der Hochzeit wirtschaftspolitischer Empfehlungen von “Strukturreformen”. In den Krisenländern geht es schon längst nicht mehr um das Abfließen von Wissen zu Konkurrenten, sondern angesichts der ungeheuren Zahl an Insolvenzen um die Vernichtung von Wissenskompetenz, die im Laufe längerer Arbeitslosigkeit nicht nur brachliegt, sondern schwindet. Es ist schon erstaunlich, dass die positiven, deutschen Erfahrungen mit der Ausweitung der Kurzarbeit, nicht in die Empfehlungen der Troika eingeflossen sind, die sich, wie wir heute wissen, sehr detailliert in die Reformpolitik z.B. Griechenlands einmischte. Ganz groß war sie allerdings in der Senkung der Mindestlöhne und der Zerschlagung der Tarifvertragsysteme.*

8. **Erben: Karriere ist auch nur Glück**

Erben ist ungerecht, schrieb Julia Friedrichs vor einer Woche im ZEITmagazin. Falsch: Es macht die Gesellschaft humaner, entgegnet Jens Jessen.
… Der redlichste Rahmen, in dem ein Vermögen oder die Führung eines Unternehmen erlangt werden kann, ist dagegen – das Erben. Jedenfalls wird es von den Erben nicht durch persönliche Niedertracht erworben (schlimmstenfalls sind sie Nutznießer einer Niedertracht früherer Generationen). Natürlich mag es sein, dass ihnen die Passivität des Vorgangs nicht guttut; namentlich die Erben der ersten Generation sind oft schwer erträglich, depressive Parasiten oder hochfahrende Angeber. Aber schon mit dem zweiten und dritten Erbgang (wenn der Reichtum nicht verprasst wurde) steigt der Zivilisiertheitsgrad. Wenn die Enkel oder Urenkel ihren Wohlstand nicht geradezu vergessen (was oft vorkommt) und einem bürgerlichen Beruf mit Ehrgeiz nachgehen, werden sie mäzenatisch oder philanthropisch tätig oder heben doch immerhin ihren Konsum auf ein höheres Niveau, kaufen geschmackvollere Autos, geben bessere Feste und üben elegantere Manieren. Manche der höchstentwickelten Produkte unserer Kultur wären ohne einen Reichtum, der keine Kosten-Nutzen-Relation mehr kennt, gar nicht denkbar: Autos, die nur schön sind, oder Kunst, die keinen dekorativen Zweck erfüllt. ….
Insofern ist schon das Jammern über die Ungerechtigkeit des Erbens auf eigenartige Weise inhuman. Das Jammern fördert die Illusion, eine Gerechtigkeit sei politisch herstellbar, die niemals gegeben war und niemals gegeben sein wird. Auch schöne Menschen haben Vorteile im Überlebenskampf; auch Schönheit ist ungerechterweise angeboren. Wer dem Glauben an Gerechtigkeit durch Umverteilung anhängt, müsste auch Schönheit streng besteuern, wenn nicht zu brutaleren Maßnahmen der ästhetischen Korrektur greifen. Tatsächlich ist es tröstlich, zu wissen, dass die meisten Bestandteile des Erfolgs auf Zufall, Schicksal und Geburt beruhen. Erfolgreiche Menschen sind selten bessere und auch nur selten tüchtigere Menschen. Erfolglose müssen die Ursache ihrer Schlechterstellung deshalb auch nicht bei sich selber suchen, das wird ihnen nur unserer Tage gerne eingeredet, mit dem Ergebnis, dass zur Armut noch der Zusammenbruch des Selbstwertgefühls kommt. Tatsächlich haben sie lediglich Pech gehabt. Man darf sie nicht verachten. …
Quelle: Zeit Online

Anmerkung unseres Lesers M.L.: *So zutreffend kritisch und desillusionierend die Beschreibung sozialer Realitäten hier ist, so grotesk und in sich selbst widersprüchlich wirkt ihre Botschaft. 'Um die Zufälligkeit von Reichtum und Erfolg zu wissen macht eine Gesellschaft humaner; die Ursache beim Individuum zu suchen macht sie mitleidlos und hartherzig. Die offen zutage liegende Ungerechtigkeit des Erbens (im Gegensatz zur versteckten Ungerechtigkeit der Karriere) ist pädagogisch hilfreich.'*

Eine offen zutage liegende Ungerechtigkeit als solche quasi 'gerechterweise' zu konzedieren und zu akzeptieren kann wohl kaum gerecht sein, weder individuell noch gesellschaftlich.
Denn so maßgeblich das besagte Glück im Spiel ist, so maßgeblich sind die Bedingungen für das Eintreten solchen Glücks im Spiel. Das Eintreten solcher Glücksfälle ist keineswegs reine Glückssache, d.h. statistisch gleichmäßig verteilt, sondern abhängig von den sozialen Bedingungen, die solche Glücksfälle statistisch wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen. Worum es also bei allem Glück geht, ist die Wahrscheinlichkeit seines Eintretens gerechter zu verteilen. Andernfalls gilt für diese und andere übliche laissez-faire Argumentationen das, was einige Kommentare zutreffend auf den Punkt bringen:

- *was fuer ein Menschenbild !!!*
  Argument 1: Erfolg ist ausschliesslich zufaellig.
  Argument 2: Wir werden nie eine 100% perfekte Gesellschaft haben, deshalb sollten wir gar nicht erst versuchen, sie etwas besser zu machen.
  Argument 3: Belohnung für Leistung macht Menschen hartherzig, Belohnung durch Zufall macht sie glücklich und zivilisiert.
  Mit so einem Weltbild kann man auch prima eine absolutistische Diktatur verteidigen, einfach nur zum kotzen, was Herr Jessen da von sich gibt.

- *Unglaubliches Niveau!*
  Dass es andere Ungerechtigkeiten gibt, war noch nie ein Argument, eine bestimmte Ungerechtigkeit zu akzeptieren.
  "Der redlichste Rahmen, in dem ein Vermögen oder die Führung eines Unternehmen erlangt werden kann, ist dagegen – das Erben."
  Eine sehr traurige Welt, in der das stimmt.
  Oder frei nach Voltaire: An ein göttliches Recht solch ungleichen Glücks werde ich erst glauben können, wenn ich sehe, dass die einen mit Sätteln auf dem Rücken und die anderen mit Sporen an den Fersen geboren werden.

Ergänzende Anmerkung Orlando Pascheit: *Im Grunde tut M.L. Herrn Jessen zuviel der Ehre an: Er nimmt seinen Text ernst. Andererseits gibt es tatsächlich Leute, die zumindest einige seiner Auffassungen teilen. Ungeheuer konstruiert und am Wesen des Begriffs vorbei vermittelt er dem Leser ein schiefes, einseitiges Bild des Selfmademan: "Noch trüber sieht oft die moralische Bilanz bei den Selfmademen aus, die es mit dem Aufbau eines eigenen Unternehmens geschafft haben. Oder was soll man von einem Vermögen halten, das durch einen Versicherungsvertrieb nach dem*

Schneeballprinzip angehäuft wurde? Oder durch Ausbeutung sklavenähnlich gehaltener Leiharbeiter? Natürlich könnte man auch hier von Leistung sprechen – vorausgesetzt, man sieht den Erfolg selbst als Leistung an und entkoppelt ihn von den eingesetzten Mitteln. Aber nach landläufigem Verständnis wird unter Leistung weder Anlagebetrug noch die Brutalität einer Unternehmensführung verstanden; die meisten Menschen denken naiverweise an fleißige Arbeit im redlichen Rahmen, und die führt selten zu großem Vermögen oder an die Spitze eines Unternehmens." Diesen Popanz als negatives Gegenbild dem Erben entgegenzusetzen, ist einfach. Dabei könnte man durchaus Überlegungen darüber anstellen, welche Umstände dazu beigetragen haben, ob persönliche Qualitäten usw. z.B. Bill Gates zum reichsten Menschen unserer Zeit machen. Jessen verweist in einem Link auf Carsten Maschmeyer als Selfmademan. So simpel geht das. Fragt sich nur noch, wie solch ein Artikel die Redaktion passieren konnte.

9. **Kampf für Entgeltgleichheit: In Brüssel kaum ein Thema**
   Zu den Werten, denen sich die EU verschrieben hat, gehört laut dem Vertrag von Lissabon auch die Gleichheit von Frauen und Männern. Der Weg dahin ist noch weit – zumindest, was die Bezahlung angeht: Laut EU-Kommission verdienen Europäerinnen im Schnitt nach wie vor 16 Prozent weniger als Europäer. Wenn die Angleichung im bisherigen Tempo weitergehe, so die Prognose, werde es bis zur vollständigen Schließung der Lohnlücke noch 70 Jahre dauern. Was die EU bis dato unternommen hat, um diesen Prozess zu beschleunigen, haben Mark Smith von der Grenoble École de Management und Paola Villa von der Universität Trient rekonstruiert. Ihrer Analyse zufolge stellt das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern einen „blinden Fleck" der EU-Gleichstellungspolitik dar. Die Wirtschaftskrise habe Fortschritte zusätzlich erschwert.
   Quelle: Böckler Impuls
10. **Warum nicht die gute Lage am Arbeitsmarkt den Anstieg der Einkommens-Ungleichheit gestoppt hat**
   Schon seit mehreren Jahrzehnten steigt die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung in quasi allen Industriestaaten an. Auch Deutschland ist hiervon nicht ausgenommen. Hierzulande ist bei der Einkommens-Ungleichverteilung eine starke Zunahme insbesondere seit Beginn der 1990er Jahre zu beobachten. Seit etwa dem Jahr 2005 allerdings scheint diese Entwicklung gestoppt, die Einkommens-Ungleichheit (vor wie auch nach der Umverteilung durch Steuern, Sozialabgaben und Sozialleistungen) scheint auf hohem Niveau zu verharren. Manche Daten weisen sogar auf einen leichten zeitweisen Rückgang hin.
   Diese Entwicklung ist ein gefundenes Fressen für Arbeitgeberverbände, interessierte

Medien, Liberale und Konservative. Ihre Interpretation ist eine echte Quartalslüge: Sie behaupten, dass die positive Lage am Arbeitsmarkt der Grund für die positive Entwicklung bei der Einkommens-Ungleichheit sei.
Quelle: annotazioni

11. **Zweifel an Mautzahlen**
Die Einnahmen des Bundes aus der Infrastrukturabgabe, besser bekannt als Pkw-Maut, könnten deutlich geringer ausfallen als vom Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) veranschlagt….
Gutachter Schmid erwartet alles in allem, dass die Einnahmen aus der Infrastrukturabgabe durch ausländische Pkw nur halb so hoch sein werden wie vom Ministerium veranschlagt. Matthias Knobloch von ACE Auto Club Europa e.V. sieht dessen Annahmen sogar um fast den Faktor 3 zu hoch. Das Haus von Minister Alexander Dobrindt stütze sich zu 80 Prozent auf unbelegte Daten. Auf solcher Grundlage einen Systemwechsel bei der Finanzierung der Infrastruktur durchzuführen sei ein Risiko, sagte Knobloch.
Quelle: Deutscher Bundestag

Anmerkung WL: *Aber der Bundestag wird mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD dem Unsinn mit der Maut noch in dieser Woche mit großer Mehrheit zustimmen.*

12. **Rechte Parteien**
    1. **Europas rechte Internationale traf sich in Sankt Petersburg**
    Das Treffen soll nicht nur die Verbindungen zwischen Moskau und rechten Kräften in Europa stärken, sondern hat auch wichtige Bedeutung für die innerrussische Propaganda…
    Ein Umstand, der Politiker der rechtsradikalen NPD im heutigen Sankt Petersburg undenkbar machen dürfte. Doch weit gefehlt. Udo Voigt, ehemaliger Vorsitzender der NPD und heutiger EU-Parlamentarier, war am Sonntag ein willkommener Gast in der Stadt an der Newa. So, wie Vertreter von rund 150 anderen rechtsradikalen Parteien aus Europa. Darunter der Goldenen Morgenröte aus Griechenland, der bulgarischen Ataka sowie der britischen National Party…
    Grund für dieses Zusammentreffen rechtsradikaler Kräfte war das "Internationale Russische Forum der Konservativen", zu welchem die russische Partei Rodina geladen hat. Dies ist zwar keine Kremlpartei wie Einiges Russland, doch Vertreter gehören zur aktuellen politischen Elite des Landes. Der Vorsitzende der Rodina, Alexej Schurawljow, sitzt für die Putin-Partei Geeintes Russland in der Duma. Der Gründer und inoffizielle Führer der Partei ist

wiederum Dimitrij Rogosin, ehemaliger Vertreter Russlands bei der NATO und heute einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten.
Die Botschaft des Forums war eindeutig. Man forderte die Christen auf, sich zu vermehren, wobei dieser Aufruf an die weißen Christen gerichtet war, hetzte gegen Homosexuelle und beschimpfte Barack Obama als Nazi. Gleichzeitig solidarisierte man sich mit Russland im heutigen Ukraine-Konflikt und rief zum Widerstand gegen den US-Imperialismus auf. So lobte Udo Voigt die Geduld, mit der Wladimir Putin der aggressiven NATO-Politik begegnet….
Quelle: Thomas Dudek in Telepolis

Siehe die Liste der Teilnehmer

Anmerkung WL: *Siehe dazu nochmals „Der Clash von amerikanischem Chauvinismus und russischem Nationalismus“*

2. **Wie der Front National die französischen Sozialisten auf den dritten Platz verweisen könnte**
Gewiss erschwert das Mehrheitswahlsystem die Entstehung einer dritten Kraft, begünstigt aber ihren Aufstieg, falls es ihr gelingt, eine bestimmte Schwelle zu überschreiten. Genau das passiert gerade mit dem Front National. Mit mehr als einem Viertel der abgegebenen Stimmen ist die rechtsextreme Partei im Begriff, aus einer randständigen Protestbewegung zu einem wesentlichen Akteur der französischen Politik zu werden. Bereits seit mehreren Monaten erreicht Marine Le Pen in allen Meinungsumfragen Spitzenwerte für den ersten Wahlgang der nächsten Präsidentschaftswahl 2017. Die künftigen Kandidaten der Linken und der gemäßigten, „republikanischen“ Rechten kämpfen lediglich um den für die Stichwahl entscheidenden zweiten Platz…
Die Sozialistische Partei hingegen leidet unter der wirtschaftlichen und sozialen Misere, für die sie drei Jahre nach François Hollandes Sieg bei der Präsidentschaftswahl verantwortlich gemacht wird. Seit 2012 hat er alle anderen Wahlen – Kommunal-, Europa- und Départementswahlen – verloren und muss auch bei den Regionalwahlen Ende des Jahres mit einer Niederlage rechnen. In einer Gruppierung, in der Parteifunktionäre das Gros der aktiven Mitglieder (von rund 130 000 insgesamt) stellen, bedeuten diese Wahlschlappen, dass Tausende von Kommunalpolitikern und Mitarbeitern ihren Arbeitsplatz verlieren. Mit circa 20 Prozent prognostizierten Wählerstimmen in den Umfragen ist die französische PS zwar noch nicht in der Situation der griechischen PASOK (4 Prozent), aber sie läuft Gefahr, auf den dritten Platz verwiesen zu werden. Und das in einem System, das zwei Parteien begünstigt.

Wie es auch ausgehen mag: Angesichts der geschwächten Konkurrenz spielt der Front National mit seinem Mix aus Ausländerfeindlichkeit – Schließung der Grenzen, Ablehnung Europas und der Einwanderung – und sozialpolitischem Programm bis auf Weiteres unweigerlich eine Hauptrolle.
Quelle: Daniel Vernet in Internationale Politik und Gesellschaft (IPG)

3. **Der unheimliche Aufstieg der Lega Nord**
In Italien gibt es keine Pegida-Demos, dafür aber eine Partei, die aus der Euroskepsis und Fremdenangst der Menschen Politik macht: die Lega Nord. Nach den Skandalen rund um Parteigründer Bossi hielten viele diese Partei für tot. Aber im letzten Jahr feierte sie eine erstaunliche Renaissance. In Umfragen überflügelt sie die Forza Italia und mausert sich zur stärksten rechten Kraft im italienischen Parteienspektrum mit Zustimmungswerten um die 15 Prozent. Zugpferd ist der junge Lega-Chef Matteo Salvini, der auf europäischer Ebene den Schulterschluss mit Marine Le Pen sucht und der auf komplizierte politische Fragen immer sehr einfache Antworten hat. Salvini ist der einzig ernst zu nehmende Gegenspieler von Ministerpräsident Renzi. Wie der Premier macht er Parteipolitik ohne nationales Mandat. Er ist Europaparlamentarier. Dennoch trifft man Salvini häufiger in Rom als in Brüssel oder Straßburg. Denn sein Ziel ist: "Regieren und Italien und Europa verändern", sagt der Lega Chef selbstbewusst. Grund allen Übels ist für ihn die Einwanderung nach Italien. Salvinis schärfste Waffe ist die Angst. Seine Heimat sieht er von Chaoten und "linken Spinnern" bedroht, von Brüssel fremdbestimmt und von Ausländern überschwemmt. Der Stammtisch wird eins zu eins auf die politische Bühne verlegt. Mit einem Austritt aus der Eurozone, einem Aufnahmestopp für Flüchtlinge und der chemischen Kastration von Sexualstraftätern komme Italien wieder auf die Beine. "Die Tatsache, dass eine unkontrollierte Einwanderung dazu führt, dass man die schwachen Italiener beschützen muss, macht mir Sorgen. Nehmen Sie die U-Bahn in Mailand und sagen Sie mir, wie viele Mädchen nach 20.00 Uhr die Metro oder den Bus nehmen. Null!"
Quelle: B5

13. **Langsamerer Abzug aus Afghanistan – 9800 US-Soldaten bleiben bis Jahresende**
Die USA ziehen ihre Truppen aus Afghanisten ab – aber langsamer als geplant. US-Präsident Obama kam damit einem Wunsch der afghanischen Regierung nach. Das könnte auch Konsequenzen für die Bundeswehr haben, die etwa 850 Soldaten in Afghanistan hat.
Zum Jahreswechsel war der NATO-geführte Kampfeinsatz in Afghanistan nach 13 Jahren zu Ende gegangen. An der Folgemission "Resolute Support" zur Unterstützung

der afghanischen Sicherheitskräfte durch Ausbildung und Beratung sind etwa 12.000 Soldaten aus 40 Staaten beteiligt, darunter bis zu 850 Bundeswehrsoldaten. Für die Sicherheit im Land sind die Afghanen selbst verantwortlich, US-Spezialkräfte können allerdings weiter gegen Al-Kaida-Mitglieder vorgehen. Obama will die letzten US-Soldaten bis zum Ablauf seiner Amtszeit Anfang 2017 heimholen.
Quelle: tageschau.de

14. **Debatte um US-Lehrplan: Wie kritisch darf ein US-Schüler sein?**
Amerika ist anders. So anders, dass alle republikanischen Präsidentschaftsanwärter das Gleiche bekennen. Ob Jeb Bush, Rand Paul oder Ted Cruz, sie alle geloben: "Ich glaube an den amerikanischen Exzeptionalismus". In den vergangenen Jahren, als die Einordnung der USA in eine multipolare Welt deutlicher wurde, hat sich die antiintellektuelle Tea Party den Begriff zu eigen gemacht und zu einem politiktheoretisch verkleideten Nationalismus verkürzt: die USA als "bessere" Nation, tugendhaft und nicht mit den Fehlern anderer Länder behaftet. Dieses Credo wollen viele konservative Politiker nun in den Lehrplänen verankern. Dabei geht es um die Grundsatzfrage, was Geschichtsunterricht leisten soll. Konkret geht es um das "Advanced Placement Program" (AP). Im AP können Oberstufenschüler Kurse auf Universitätsniveau belegen und Prüfungen ablegen – was ihnen bei der Bewerbung an einer Universität helfen kann.
Quelle: SZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Wenn man sich klar macht, dass es in den USA keine Massenmedien wie die Öffentlich-Rechtlichen bei uns gibt, dann würde die Durchsetzung eines kruden, nationalistischen Geschichtsunterrichts in einigen Bundesstaaten bedeuten, dass Teile der amerikanischen Jugend nie mit der Hinterfragung der Geschichte Ihres Landes konfrontiert werden. Der oben Larry S. Krieger attestiert dem AP-Lehrplan zum Thema 2.Weltkrieg: "There's no discussion whatsoever of the valor or heroism of American soldiers," und zitiert wütend aus dem neuen Lehrplan: "Wartime experiences such as the internment of Japanese Americans, challenges to civil liberties, debates over race and segregation, and the decision to drop the atomic bomb raised questions about American values."*

15. **Zuwanderer mit schulischer Förderung unzufrieden**
Viele Zuwanderer erhoffen sich in der Schule mehr Förderung für ihre Kinder, werden im Alltag aber oft enttäuscht. Eltern mit Migrationsbiografie sind zugleich fast immer stark am Bildungserfolg ihrer Töchter und Söhne interessiert. Das ist das Ergebnis einer Studie der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität, die am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde…

Die repräsentative Untersuchung weist nach, dass sich 86 Prozent der rund 1700 befragten Zuwanderer-Eltern einen speziellen Deutschunterricht für Migranten wünschen, aber nur 27 Prozent diesen Service an der Schule ihrer Kinder auch vorfinden. Gezielte Förderung von Migrantenkindern durch ihre Lehrer erhoffen sich 83 Prozent der Eltern – doch nur für 29 Prozent geht dieser Wunsch in Erfüllung.
So wünschen sich 92 Prozent der Zuwanderer-Eltern von den Lehrern „interkulturelle Kompetenz“, aber nur 60 Prozent sind in dieser Hinsicht mit der Leistung ihrer Schule einverstanden.
Quelle: Handelsblatt

16. **Die heikle Nähe von Leitmedien zur Elite**
Wer über die Welt und die Machtträger informieren will, muss die Akteure kennen. Aber er kann sie auch zu gut kennen. Uwe Krüger hat die heikle Beziehung zwischen Journalisten und der Elite analysiert. Damit provozierte er auch Kritik. Der renommierte Münchner Medienforscher Christoph Neuberger machte aus der öffentlichen eine wissenschaftliche Kontroverse. Er nahm angebliche methodische Mängel in Krügers Analyse ins Visier. Schon der Buchtitel «Meinungsmacht – Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten» sage alles, was Krüger belegen wolle, doch letztlich bleibe er genau diesen Beweis schuldig. Neuberger hat nachgerechnet: In Krügers Netzwerkanalyse, die zeigen soll, wie eng Spitzenjournalisten in Deutschland mit den Eliten aus Wirtschaft und Politik verbandelt sind, habe dieser 64 Journalisten von 14 Leitmedien ausgemacht, die in acht Jahren 164 Verbindungen zu 62 Organisationen gehabt hätten. Pro Nase mache das, auf die acht Jahre verteilt, nur 2,6 Verbindungen.Sodann habe Krüger am Beispiel von vier herausragenden Experten für Sicherheitspolitik, die für die «FAZ» (Klaus-Dieter Frankenberger), die «Süddeutsche Zeitung» (Stefan Kornelius), «Die Welt» (der Historiker Michael Stürmer) und für «Die Zeit» (Josef Joffe) arbeiteten, nachweisen wollen, wie diese aufgrund ihrer Verbindungen «Schlagseite zu den USA und zur Nato aufweisen». Dazu habe Krüger 83 Artikel ermittelt, die diese Journalisten zwischen 2002 und 2010 über Sicherheitsthemen geschrieben hätten. «Er konnte also nur 2,3 Artikel pro Journalist und Jahr finden», so Neuberger, und das sei eben keine hinreichende Basis für Krügers Schlussfolgerungen.
Quelle: NZZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Wir hatten zwar schon im Einzelnen auf diese Auseinandersetzung hingewiesen. Die NZZ bringt sie in der zeitlichen Abfolge.*

17. **Das Letzte: Die Anstalt entfällt – Die Börse bleibt**

Anmerkung WL: *Der Respekt vor den Toten verbietet für das ZDF die Satire der „Anstalt“. Der Zynismus, dass die Börsenkurse von Lufthansa und Airbus durch den Flugzeugabsturz „unter Druck“ gerieten, wird aber als wichtige Nachricht gehandelt. Bei der Sendung „Anstalt“ geht es ja nicht um Comedy oder Blödelei, sondern um eine der wenigen Sendungen im ZDF, wo an den bestehenden Verhältnissen noch Kritik geübt wird.*
Man könnte ja das Pietätsargument akzeptieren, wenn das ZDF wenigstens einen angemessenen Sendeplatz für ein Nachholen dieser Kabarettsendung freigemacht hätte. Aber nein, die Anstalt kommt nun in dem absoluten Minderheitssender ZDF neo in der „Hauptsendezeit“ zwischen 1:45 Uhr bis 2:35 Uhr. Das sagt eigentlich alles, wie im ZDF diese Sendung gewertet wird. Kritik selbst in Form von Satire ist unerwünscht. Es wird vielleicht nicht mehr lange dauern, dass die „Anstalt“ oder das derzeitige Team abgesetzt wird.